

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort des Herausgebers	V
Vorwort der Dissertation	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis.....	XV
I GRUNDLEGENDES ZUR UNTERSUCHUNG	1
1 Problemstellung	1
2 Gang der Untersuchung	3
3 Abgrenzung des Themas	5
II EINLEITUNG: GRUNDLEGENDES ZU DEN ZAHLUNGSDIENSTERICHTLINIEN	7
1 Die ZDRL I (2007/64/EG) und deren Umsetzung in die österreichische Rechtsordnung	7
2 Die ZDRL II (2015/2366/EU)	9
2.1 Gründe und Regulierungsziele der ZDRL II	9
2.2 Historie der ZDRL II	11
III EXKURS: ZU GRUNDLEGENDEN PRINZIPIEN DES EUROPARECHTS	13
1 Vollharmonisierungsgebot	13
2 Richtlinienkonforme Auslegung	13
3 Vorabentscheidungsverfahren (Art 267 AEUV)	16
4 Auslegung von Richtlinien durch den EuGH	17
5 Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA)	18
IV ZU WICHTIGEN GRUNDSATZFRAGEN DES ZADIG (IDF BGBL I 2016/118)	21
1 Die lege lata der vom ZaDiG erfassten Zahlungsdienste	21
1.1 Das Ein- und Auszahlungsgeschäft (§ 1 Abs 2 Z 1 ZaDiG).....	22
1.1.1 Das Zahlungskonto (§ 3 Z 13 ZaDiG).....	23
1.2 Das Zahlungsgeschäft ohne Kreditgewährung (§ 1 Abs 2 Z 2 ZaDiG).....	23
1.3 Das Zahlungsgeschäft mit Kreditgewährung (§ 1 Abs 2 Z 3 ZaDiG).....	24
1.4 Das Zahlungsinstrumentengeschäft (§ 1 Abs 2 Z 4 ZaDiG).....	25
1.5 Das Finanztransfergeschäft (§ 1 Abs 2 Z 5 ZaDiG)	26
1.5.1 Tatbestandselemente des Finanztransfergeschäfts.....	27
1.5.2 Einsatzbereich des Finanztransfergeschäfts.....	29
2 Zur Unterscheidung des Verbraucherbegriffs des ZaDiG von jenem des KSchG	29
2.1 Bedeutung der Unterscheidung zwischen Verbraucher und Unternehmer für das ZaDiG	31
2.2 Kundenkategorisierung durch die Zahlungsdienstleister.....	31

3	Arten der Zurverfügungstellung von Informationen durch den Zahlungsdienstleister an den Zahlungsdienstnutzer	32
3.1	Zugänglichmachen von Informationen durch den Zahlungsdienstleister.....	33
3.2	Mitteilen von Informationen durch den Zahlungsdienstleister.....	34
3.3	Stellt die ausschließliche Übermittlung von Informationen an ein E-Banking-Postfach des Kunden ein „Mitteilen“ oder lediglich ein „Zugänglichmachen“ des Zahlungsdienstleisters dar?	35
V	DIE WESENTLICHSTEN ÄNDERUNGEN DURCH DIE ZDRL II	41
1	Inhalt und Aufbau der ZDRL II.....	41
2	Ausweitung des geographischen Anwendungsbereichs und der einbezogenen Währungen	42
3	Die Erweiterung des persönlichen Anwendungsbereichs.....	43
3.1	Die vom ZaDiG erfassten Zahlungsdienstleister.....	44
3.1.1	Die österreichischen und die CRR-Kreditinstitute (§ 1 Abs 3 Z 1 ZaDiG).....	45
3.1.2	Die Zahlungsinstitute (§ 1 Abs 3 Z 2 ZaDiG).....	46
3.1.3	Die E-Geld-Institute (§ 1 Abs 3 Z 3 ZaDiG) und die weiteren vom ZaDiG erfassten Kategorien von Zahlungsdienstleistern (§ 1 Abs 3 Z 4-6 ZaDiG).....	49
3.2	Die Erweiterung des Kreises der Zahlungsdienstleister durch die ZDRL II (dritte Zahlungsdienstleister, TPP)	51
3.2.1	Die Zahlungsauslösedienstleister (Art 4 Nr 18 ZDRL II)	51
3.2.2	Die Kontoinformationsdienstleister (Art 4 Nr 19 ZDRL II).....	59
3.2.3	Die „dritten Kartenemittenten“ (Art 65 ZDRL II).....	64
3.2.4	Der Zugang zu den Zahlungskonten für die dritten Zahlungsdienstleister (Art 66 und 67 ZDRL II)	67
3.2.5	Die Zugangsschnittstellenoptionen.....	70
4	Verstärkte Anforderungen an die Kundenauthentifizierung (starke Kundenauthentifizierung) im elektronischen Geschäftsverkehr (Art 97 ZDRL II).....	72
4.1	Zur starken Kundenauthentifizierung (Art 4 Nr 30 ZDRL II)	74
4.2	Die Ausnahmen von der starken Kundenauthentifizierung	77
4.3	Die Authentifizierung bei der Einbeziehung eines Zahlungsauslösedienstleisters in einem Zahlungsvorgang (Art 97 Abs 4 ZDRL II)	78
4.4	Die Haftungsbestimmungen für unautorisierte Zahlungsvorgänge bei Einbeziehung von Zahlungsauslösedienstleistern (Art 73 Abs 2 ZDRL II)	80
4.5	Haftungsausschluss des Zahlers bei Unterlassen der starken Kundenauthentifizierung (Art 74 Abs 2 ZDRL II)	82
5	Zur Streichung des „digitalisierten Zahlungsgeschäfts“ aus dem Katalog der Zahlungsdienste.....	83
5.1	Die bisher geltende Bestimmung des digitalisierten Zahlungsgeschäftes (§ 1 Abs 2 Z 6 ZaDiG).....	83

5.2	Stellungnahme hinsichtlich der Auswirkungen der Streichung des digitalisierten Zahlungsgeschäftes aus dem Katalog der Zahlungsdienste.....	86
6	Zu den überarbeiteten Ausnahmetatbeständen in der ZDRL II (Art 3 ZDRL II).....	88
6.1	Die grundlegende Funktion des Ausnahmekatalogs.....	88
6.2	Präzisierung der Bereichsausnahme für Handelsagenten (Art 3 lit b ZDRL II).....	89
6.2.1	Zum Begriff des Handelsagenten bzw des „selbständigen Handelsvertreters“ nach § 1 HVertrG	90
6.2.2	Die Auslegung des Begriffs des Handelsagenten iSd Art 3 lit b der ZDRL I.....	91
6.2.3	Die bisher geltende Bereichsausnahme für Handelsagenten nach § 2 Abs 3 Z 2 ZaDiG	92
6.2.4	Ausschließliche Anwendung der Bereichsausnahme des Art 3 lit b der ZDRL I auf Handelsagenten iSd HVertrG?	93
6.2.5	Die Auslegung der Handlungsalternativen nach Ansicht der BaFin	94
6.2.6	Stellen E-Commerce-Plattformen Handelsagenten iSd § 2 Abs 3 Z 2 ZaDiG dar?.....	95
6.2.7	Die Gründe für die Präzisierung der Bereichsausnahme des Art 3 lit b ZDRL II.....	100
6.2.8	Die überarbeitete Ausnahmebestimmung für Handelsagenten nach der ZDRL II.....	100
6.2.9	Stellungnahme zur Neufassung der Ausnahmebestimmung des Art 3 lit b ZDRL II.....	101
6.2.10	Die Umsetzung der Bereichsausnahme für Handelsagenten in Österreich (§ 3 Abs 3 Z 2 ZaDiG 2018)	103
6.3	Beschränkung der Bereichsausnahme für „begrenzte Netze“ (Art 3 lit k ZDRL II).....	105
6.3.1	Die bisher geltende Bereichsausnahme für begrenzte Netze nach § 2 Abs 3 Z 11 ZaDiG	105
6.3.2	Die Gründe für die Beschränkung der Bereichsausnahme des Art 3 lit k ZDRL II.....	112
6.3.3	Die überarbeitete Ausnahmebestimmung für „begrenzte Netze“ nach der ZDRL II.....	113
6.3.4	Stellungnahme zur Neufassung der Ausnahmebestimmung des Art 3 lit k ZDRL II.....	121
6.3.5	Exkurs: Die rechtliche Einordnung von Bonuspunkten und vergleichbaren Kundenbindungsprogrammen.....	123
6.3.6	Die Umsetzung der Bereichsausnahme für begrenzte Netze in Österreich (§ 3 Abs 3 Z 11 ZaDiG 2018)	125
6.4	Neufassung der Bereichsausnahme für elektronische Dienste (Art 3 lit l ZDRL II).....	130
6.4.1	Die bisher geltende Bereichsausnahme für digitale Eigenleistungen des Betreibers nach § 2 Abs 3 Z 12 ZaDiG	131

6.4.2	Die Gründe für die Überarbeitung der Bereichsausnahme des Art 3 lit l ZDRL II.....	133
6.4.3	Die überarbeitete Ausnahmebestimmung für elektronische Dienste nach der ZDRL II.....	133
6.4.4	Stellungnahme zur Neufassung der Ausnahmebestimmung des Art 3 lit l ZDRL II.....	137
6.4.5	Die Umsetzung der Bereichsausnahme für elektronische Dienste in Österreich (§ 3 Abs 3 Z 12 ZaDiG 2018).....	138
6.5	Die Überarbeitung der Bereichsausnahme für unabhängige Bankautomatenbetreiber (Art 3 lit o ZDRL II).....	140
6.5.1	Die bisher geltende Bereichsausnahme für unabhängige Bankautomatenbetreiber nach § 2 Abs 3 Z 15 ZaDiG.....	141
6.5.2	Die Gründe für die Überarbeitung der Bereichsausnahme des Art 3 lit o ZDRL II.....	144
6.5.3	Der ursprüngliche Vorschlag der Kommission in Bezug auf die Bereichsausnahme für unabhängige Bankomatenbetreiber.....	145
6.5.4	Die überarbeitete Ausnahmebestimmung für unabhängige Bankomatenbetreiber nach der ZDRL II.....	145
6.5.5	Stellungnahme zur Neufassung der Ausnahmebestimmung des Art 3 lit o ZDRL II.....	147
6.5.6	Die Umsetzung der Bereichsausnahme für unabhängige Bankautomatenbetreiber in Österreich (§ 3 Abs 3 Z 15 ZaDiG 2018).....	147
6.6	Exkurs: Die rechtliche Einordnung von „Krypto-Assets“.....	148
6.6.1	Grundlegendes zu virtuellen Währungen.....	148
6.6.2	Die zivilrechtliche Einordnung von virtuelle Währungen.....	150
6.6.3	Die aufsichtsrechtliche Einordnung von virtuellen Währungen.....	150
6.6.4	Die aufsichtsrechtliche Einordnung von Initial Coin Offerings (ICOs).....	153
7	Die Einbeziehung der EBA in den Anwendungsbereich der ZDRL II.....	156
7.1	Vorgesehene Befugnisse der EBA im Rahmen der ZDRL II.....	156
7.2	Einrichtung eines zentralen Web-Portals bei der EBA (Art 15 ZDRL II).....	158
7.3	Management operationeller und sicherheitsrelevanter Risiken (Art 95, 96 ZDRL II).....	159
7.3.1	Umsetzung der Meldeverpflichtung von schwerwiegenden Betriebs- oder Sicherheitsvorfällen in Österreich (§ 86 ZaDiG 2018).....	161
8	Zulassung und Überwachung von Zahlungsinstituten durch die zuständigen Aufsichtsbehörden.....	162
8.1	Erforderliche Unterlagen für den Erhalt einer Konzession als Zahlungsinstitut durch die FMA.....	162
8.2	Änderungen bei der Inanspruchnahme des „Europäischen Passes“.....	164
8.2.1	Grundlegendes zum Europäischen Pass.....	164
8.2.2	Die bisherige Regelung für Zahlungsinstitute aus den Mitgliedstaaten (§ 12 ZaDiG).....	166

8.2.3	Grenzüberschreitende Erbringung von Zahlungsdiensten im Wege der Errichtung einer Zweigstelle	166
8.2.4	Begründung einer Zweigstelle in Österreich mittels des Einsatzes eines Agenten durch ein ausländisches Institut	167
8.2.5	Notifizierungsverfahren zur Errichtung einer Zweigstelle in Österreich zur Erbringung von Zahlungsdiensten	168
8.2.6	Die erfolgten Änderungen durch die ZDRL II im Zusammenhang mit dem Europäischen Pass	170
VI	DIE NEUEN VERBRAUCHERSCHUTZFÖRDERNDEN MASSNAHMEN DER ZDRL II	173
1	Untersagung der Verrechnung eines erhöhten Entgelts für die Nutzung eines bestimmten Zahlungsinstruments (Surcharging-Verbot, Art 62 Abs 4 ZDRL II)	173
1.1	Die Gründe für das Vorsehen eines „Surcharging-Verbots“	173
1.2	Die eingeführten Regelungen zur Begrenzung der Zulässigkeit von Entgelten für den Einsatz bestimmter Zahlungsinstrumente durch die ZDRL II	175
1.3	Exkurs: Die Interbankenentgelte-VO (MIF-VO)	176
1.3.1	Grundlegendes zu den multilateralen Interbankenentgelten.....	176
1.3.2	Inhalt der MIF-VO.....	177
1.3.3	Kapitel II der MIF-VO über Interbankenentgelte.....	177
1.3.4	Ausnahmebestimmungen der MIF-VO (Art 1 Abs 2 und 3 MIF-VO).178	
2	Zahlungsvorgänge, bei denen der Betrag nicht im Voraus bekannt ist (Art 75 ZDRL II)	180
2.1	Beispiel einer Vorautorisierung (Pre-Authorization) anhand einer Kartenzahlung bei einer Selbstbedienungstankstelle.....	180
2.2	Die Rechtslage bei Vorautorisierungen nach der ZDRL II	181
2.3	Stellungnahme zur neuen Bestimmung für Zahlungsvorgänge, bei denen der Betrag im Voraus nicht bekannt ist.....	182
3	Die Einführung eines unbedingten Erstattungsrechts des Zahlers im Bereich der Lastschriften (Art 76 ZDRL II)	183
3.1	Grundlegendes zum Lastschriftverfahren (§ 3 Z 25 ZaDiG).....	183
3.2	Exkurs: Der einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum (Single Euro Payments Area, SEPA)	185
3.2.1	Grundlegendes zur SEPA-VO	185
3.2.2	Der Inhalt der SEPA-VO	186
3.2.3	Das SEPA-Lastschriftverfahren.....	187
3.3	Die bisher bestehende Regelung für die Erstattung eines autorisierten und von einem oder über einen Zahlungsempfänger ausgelösten Zahlungsvorgangs (§ 45 ZaDiG).....	191
3.3.1	Die Anspruchsvoraussetzungen für den Erstattungsanspruch des Zahlers	191

3.3.2	Die Zulässigkeit des Absehens von den in § 45 Abs 1 Z 1 und 2 ZaDiG genannten Anforderungen	193
3.3.3	Tragen der Beweislast.....	193
3.3.4	Höhe des Erstattungsanspruchs	194
3.3.5	Die Entscheidung des Zahlungsdienstleisters über den Erstattungsanspruch des Zahlers.....	195
3.4	Die ursprünglich im Kommissionsvorschlag vorgesehene Einschränkung des unbedingten Rückerstattungsrechts bei Lastschriften	195
3.5	Der Anspruch des Zahlers auf ein unbedingtes Rückerstattungsrecht bei Lastschriften nach der finalen Fassung der ZDRL II.....	198
4	Die Wiederbeschaffung eines überwiesenen Geldbetrages bei Angabe eines falschen Kundenidentifikators durch den Zahler (Art 88 Abs 3 ZDRL II)	199
4.1	Die bisherige Rechtslage nach dem ZaDiG und die damit im Zusammenhang stehenden Durchsetzungsprobleme für den Zahler.....	200
4.2	Exkurs: Der maßgebliche Kundenidentifikator	202
4.3	Erfolgte Änderungen durch die ZDRL II im Zusammenhang mit der Wiederbeschaffung eines überwiesenen Geldbetrages infolge der Benennung eines falschen Kundenidentifikators durch den Zahler.....	203
4.4	Die Voraussetzungen für die Unterstützungspflicht der Empfängerbank	205
4.5	Die Reichweite der Unterstützungspflicht der Empfängerbank	206
4.6	Der Schutz des Bankgeheimnisses versus Informationsweitergabe	207
4.7	Mögliche unterstützende Maßnahmen durch die Empfängerbank	208
4.8	Die Anwendung der Bestimmung des Art 88 Abs 3 ZDRL II im Rahmen von Überweisungen innerhalb eines Zahlungsdienstleisters	211
4.9	Stellungnahme zur festgelegten Unterstützungspflicht der Empfängerbank bei Angabe eines falschen Kundenidentifikators durch den Zahler.....	211
5	Das Vorsehen einer Stelle zur internen Streitbeilegung (Art 101 ZDRL II).....	212
VII	FAZIT ÜBER DIE ZDRL II UND AUSBLICK AUF DIE ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNG DES EUROPÄISCHEN ZAHLUNGSVERKEHRSRECHTS	215
ANHANG		217
1	Literaturverzeichnis	217
2	Rechtsprechungsverzeichnis.....	224
3	Verzeichnis der Europäischen Rechtsquellen/ Materialien.....	225
4	Verzeichnis der Online & sonstiger Quellen	227
ZUSAMMENFASSUNG		229
ABSTRACT		231
Stichwortverzeichnis		233